



Nutzung von Fotografien durch das Abgeordnetenhaus von Berlin

AG Berlin-Charlottenburg, Urteil vom 15.10.2024 - 224 C 284/24

LAUSEN
www.lausen.com
kanzlei@lausen.com

MÜNCHEN
Residenzstr. 25
80333 München
Tel.: +49 89 24 20 96 0

KÖLN
Wolfsstr. 16
50667 Köln
Tel.: +49 221 27 24 78 0

HAMBURG
Gutruf Haus • Neuer Wall 10
20354 Hamburg
Tel.: +49 40 54 09 03 19 0

BERLIN
Meinekestr. 4
10719 Berlin
Tel.: +49 30 51 99 97 20



Nutzung von Fotografien durch das Abgeordnetenhaus von Berlin

AG Berlin-Charlottenburg, Urteil vom 15.10.2024 - 224 C 284/24

Sachverhalt

- Der Kläger ist Berufsfotograf. Er fertigte das auf Seite 3 der Klageschrift wiedergegebene Foto an.
- Auf der Webseite des Abgeordnetenhauses von Berlin wurde dieses Foto als Bestandteil einer Präsentation veröffentlicht, die der damalige Senator für Gesundheit und Soziales vor dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales des Abgeordnetenhauses in öffentlicher Sitzung gehalten hat. Der Kläger wurde nicht als Urheber des Fotos genannt.
- Die Präsentation wurde zur Dokumentation über den Inhalt der Ausschusssitzung zusammen mit dem Inhaltsprotokoll der Sitzung veröffentlicht.



Nutzung von Fotografien durch das Abgeordnetenhaus von Berlin

AG Berlin-Charlottenburg, Urteil vom 15.10.2024 - 224 C 284/24

Sachverhalt

- Mit anwaltlichem Schreiben vom 28.05.2024 mahnte der Kläger die beklagte Partei ab und forderte sie zur Abgabe einer Unterlassungserklärung, zur Auskunftserteilung über Art und Umfang der Verwendung, zur Freistellung von Kosten und zur Zahlung von Schadensersatz auf.
- Seitens des Abgeordnetenhauses wurden die Ansprüche mit Schreiben vom 14.06.2024 zurückgewiesen.
- Die beklagte Partei ist der Ansicht, dem Anspruch stehe Art. 52 der Verfassung von Berlin entgegen, wonach niemand wegen wahrheitsgetreuer Berichte über die öffentlichen Verhandlungen des Abgeordnetenhauses und seiner Ausschüsse zur Verantwortung gezogen werden darf.



Nutzung von Fotografien durch das Abgeordnetenhaus von Berlin

AG Berlin-Charlottenburg, Urteil vom 15.10.2024 - 224 C 284/24

Rechtsrahmen

- **Artikel 52 Berliner Verfassung**

Niemand darf wegen wahrheitsgetreuer Berichte über die öffentlichen Verhandlungen des Abgeordnetenhauses und seiner Ausschüsse zur Verantwortung gezogen werden.



Nutzung von Fotografien durch das Abgeordnetenhaus von Berlin

AG Berlin-Charlottenburg, Urteil vom 15.10.2024 - 224 C 284/24

Gründe

- Die zulässige Klage ist in dem aus dem Tenor ersichtlichen Umfang begründet.
- Der Kläger hat einen Anspruch gegen die beklagte Partei gemäß §§ 97 Abs. 2 Satz 1, 15 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 Nr. 2, 16, 19a UrhG auf Schadensersatz wegen unberechtigter Nutzung des streitgegenständlichen Fotos.



Nutzung von Fotografien durch das Abgeordnetenhaus von Berlin

AG Berlin-Charlottenburg, Urteil vom 15.10.2024 - 224 C 284/24

Gründe

- Sofern die Regelung in Art. 52 der Berliner Landesverfassung im Bereich des Urheberrechts unmittelbar anzuwenden wäre, wäre sie als Ausnahmegvorschrift jedenfalls eng auszulegen. Nach ihrem Sinn bezieht sich die Regelung auf Berichte über das, was in öffentlichen Sitzungen des Parlaments bzw. von parlamentarischen Ausschüssen geschehen ist und dort geäußert wurde. Damit kann nicht die Verwendung von urheberrechtlich geschützten Werken gerechtfertigt werden, die in der Sitzung wiedergegeben wurden, ohne dass es inhaltlich um diese Werke ging. Die Nutzung von urheberrechtlich geschützten Werken kann nicht allgemein frei von Konsequenzen sein, nur weil solche Werke in irgendeiner Weise in einer öffentlichen Sitzung Verwendung gefunden haben.



Nutzung von Fotografien durch das Abgeordnetenhaus von Berlin

AG Berlin-Charlottenburg, Urteil vom 15.10.2024 - 224 C 284/24

Gründe

- Es greift auch keine Schranke gemäß §§ 44a ff. UrhG ein.
- Das Abgeordnetenhaus von Berlin ist als Betreiber der Seite, auf der die Veröffentlichung des Fotos erfolgte, für diese Veröffentlichung verantwortlich.



Nutzung von Fotografien durch das Abgeordnetenhaus von Berlin

AG Berlin-Charlottenburg, Urteil vom 15.10.2024 - 224 C 284/24

Gründe

- Es liegt auch ein schuldhaftes, jedenfalls fahrlässiges Handeln vor. Fahrlässig handelt, wer die im Verkehr erforderliche Sorgfalt außer Acht lässt (§ 276 Abs. 2 BGB). Im Urheberrecht gelten für das Maß der Sorgfalt strenge Anforderungen (vgl. BGH GRUR 2010, 616 Rn. 40f.). Danach muss sich, wer einen fremden urheberrechtlich geschützten Gegenstand nutzen will, über den Bestand des Schutzes wie auch über den Umfang seiner Nutzungsberechtigung Gewissheit verschaffen. Insofern besteht eine Prüfungs- und Erkundigungspflicht. Werknutzer müssen sich umfassend und lückenlos über die erforderlichen Rechte informieren. Bei der Übertragung von Rechten genügt es grundsätzlich nicht, sich auf Zusicherungen über Bestand und Umfang der Rechte sowie der Übertragungsbefugnis zu verlassen. Vielmehr muss der Werknutzer die Kette der einzelnen Rechtsübertragungen vollständig überprüfen (BGH, Urteil vom 28.10.1987 - I ZR 164/85). Diesen strengen Maßstäben ist die Beklagtenseite nicht nachgekommen.